



Münster, 30.11.2022

Haushaltsbegleitantrag

**29-Euro-Ticket**

**In Westfalen und in Münster mit dem ÖPNV günstig mobil**

Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Stadtwerke Münster, gemeinsam mit den entsprechenden Partnern 2023 in zeitlicher Analogie zum bundesweiten 49-Euro-Ticket ein möglichst regional gültiges ÖPNV-Abo-Ticket zum monatlichen Preis von 29,00 Euro in Münster einzuführen. Um eine hohe Reichweite für die Nutzenden zu realisieren, soll diese Umsetzung möglichst im Westfalentarif - oder höherer Ebene umgesetzt werden. Sollte dies als (über-)regionales Angebot nicht realisierbar sein, werden die Stadtwerke beauftragt, bis zum 01.08.2023 ein entsprechendes ÖPNV-Abo zum Monatspreis von 29,00 Euro für das Stadtgebiet Münster einzuführen. Dem Ausschuss für Verkehr und Mobilität wird spätestens bis 01.03.22 und in regelmäßigen Abständen über den Sachstand berichtet.

Sollte eine tarifliche Lösung ohne kommunale Mittel realisiert werden können, werden die Stadtwerke beauftragt, einen Vorschlag zum Einsatz der Mittel zur Angebotsstärkung zu unterbreiten.

Zur Kompensation sollten gemäß Ratsbeschluss vom 09.02.2022 Mittel aus der Parkraumbewirtschaftung erzielt werden. Da das Integrierte Parkraumkonzept als genannte Voraussetzung für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung nicht vorliegt, werden die Mehraufwendungen im Haushalt mittels der Reduktion der Sachaufwendungen in Produktgruppe 1201 (Zeile 13) um 2 Mio. € in 2023 (2 Mio. € in 2024, jeweils 1,5 Mio. € in 2025 und 2026) teilweise kompensiert. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Reduktion bei der Fahrbahninstandsetzung mittels einer Anpassung der Bewohnerparkgebühren und Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung auszugleichen. Mindestens zu ersterem soll in der ersten Beratungskette des Jahres 2023 ein Beschlussvorschlag vorgelegt werden.

Für die Verwendung der voraussichtlich entstehenden Mehrerträge durch Bewohnerparkgebühren im nächsten Haushaltsjahr für die Straßenunterhaltung wird ein entsprechender Bewirtschaftungsvermerk in der Haushaltssatzung verankert.

Gleichzeitig ist die Verwaltung weiterhin gefordert, die dritte Finanzierungssäule für die Stärkung des ÖPNV aufzubauen und zu verstärken. Weitere Einnahmen (z.B. aus der Klimapauschale auf Parktickets) sollen in den nächsten Jahren vor allem für die Ausweitung des Angebots genutzt werden.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

gez.  
Andrea Blome

gez.  
Matthias Glomb

gez.  
Martin Grewer

Carsten Peters

und Fraktion

und Gruppe